



(3)

AB

**DIE GRÜNEN**

## **BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG**

der Landtagsabgeordneten Mag. Rüdiger Maresch, Mag.<sup>a</sup> Maria Vassilakou und  
FreundInnen (GRÜNE)

eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 28. Jänner 2009  
zu Post 9 der heutigen Tagesordnung

**betreffend Anti-Atomgipfel**

### **B E G R Ü N D U N G**

Im Zuge der Gaskrise, sollte das bereits stillgelegte Atomkraftwerk Bohunice (Slowakei) nahe der österreichischen Grenze wieder in Betrieb genommen werden. Umfangreiche Proteste waren die Folge und die Wiederinbetriebnahme konnte noch verhindert werden. Aber auch gegen andere grenznahe Kernkraftwerke, für die Kapazitätserweiterungen erfolgen werden oder deren Ausbau durch neue Kraftwerksblöcke geplant ist, wie z.B. Mochovce, gibt es Proteste.

Österreichs Haltung zur Atomkraft ist zwiespältig. Das Nachrichtenmagazin Profil titelt in seiner Ausgabe vom 19.1.2009 sogar, "In der Gaskrise wird die heuchlerische Haltung österreichischer Politiker zum Atomstrom sichtbar." Österreich hat sich offiziell gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen und die meisten österreichischen PolitikerInnen halten an diesem Entschluss fest. In der praktischen Politik ist davon aber wenig merkbar, d.h von der österreichischen Politik werden viele Entscheidungen getroffen die den Ausbau der Atomkraft unterstützen: Der Ausbau von 380kV wird vorangetrieben, um Atomstrom nach Österreich und durch Österreich zu transportieren, viele Stromanbieter die im Besitz der Länder sind verkaufen Atomstrom (Atomstromanteil der Wien Energie laut Profil vom 19.1.2009 13,4%) und wenn es um die Errichtung neuer grenznaher Atomkraftwerke geht, werden von den österreichischen PolitikerInnen keine offiziellen Protestnoten dagegen abgeben bzw. keine Schritte für bilaterale Verhandlungen mit den entsprechenden Ländern gesetzt.

Ein Anti-Atomgipfel bei dem die VertreterInnen der Bundesländer und Umweltorganisationen vertreten sind, ist ein geeignetes Mittel um koordinierte Maßnahmen gegen den Ausbau der Atomkraft zu setzen und so der österreichischen Antiatompolitik wieder mehr Glaubwürdigkeit zu geben.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

**BESCHLUSSANTRAG:**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag ersucht den Herrn Landeshauptmann von Wien, Dr. Michael Häupl, sich dafür einzusetzen, dass in Wien ein Anti-Atomgipfel unter Einbeziehung der Wiener Landtags, der Landtage Niederösterreichs und des Burgenlands und allen relevanten Umweltorganisationen abgehalten wird.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 28.1.2009

*Die Landtage Niederösterreich  
und Burgenland  
für  
Peter Bell*